



Metropolitan Governance – Steuerung polyzentrischer Stadtregionen

Dr. Karsten Zimmermann

Seit Ende der 1990er Jahre werden die Steuerungsprobleme in Ballungsräumen wieder stärker berücksichtigt und mit stadtregionalen Steuerungsformen (Metropolitan Governance) verknüpft. Alle größeren deutschen Agglomerationsräume haben derartige, wenn auch stark voneinander abweichende, Strukturen etabliert. Allerdings erreichen die regionalen Kooperationen nur in wenigen Regionen wie Hannover oder Stuttgart echte Handlungskapazität.

Metropolitan Governance – Governing the Polycentric Urban Region **Since the end of the 1990s the problems of metropolitan areas have regained more and more attention, which has led to the establishment of new forms of metropolitan governance. All German agglomerations have implemented forms of metropolitan governance which are highly diverse in their institutional form and power. However, except the metropolitan regions of Hannover and Stuttgart, all other regions are still struggling for governing capacity.**

Die in den letzten Jahren gestiegene Aufmerksamkeit für Metropolregionen hat mindestens zwei Ursachen. Eine davon hat eine Arbeitsgruppe um den Stadtforscher Peter Hall in ihren jüngsten Studien zu polyzentrischen Ballungsräumen erneut bestätigt. Die funktionalen Verflechtungen innerhalb der Ballungsräume stimmen kaum mehr mit den politisch-administrativen Hoheitsbereichen überein. Auch die planerischen Leitbilder sind nicht mehr angemessen. Die Zuweisung von zentralörtlichen Funktionen deckt sich oft nicht mit der wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bedeutung einer Stadt und vermag nicht die arbeitsteiligen Verflechtungen zwischen den Kommunen einer Region abzubilden. Die Umlandgemeinden sind ökonomisch kraftvoller und politisch selbstbewusster geworden, während Kernstädte sich infolge großräumiger Segregation wachsenden Belastungen ausgesetzt sehen.

Die zweite Ursache ist in der Rolle der Metropolregionen für die wirtschaftliche Entwicklung zu suchen. Jane Jacobs hatte bereits in den 1980er Jahren darauf hingewiesen, dass die Städte und nicht die Nationen der Ort des wirtschaftlichen Wachstums sind. Metropolregionen gelten wegen gebündelt auftretender Entscheidungs- und Kontrollfunktionen als Motoren ökonomischen Wachstums; Raumwissenschaften und Raumordnungspolitik widmen ihnen seit Ende der 1990er Jahre besondere Aufmerksamkeit. Sie nehmen die Metropolen als Innovationssysteme und Möglichkeitsräume mit vielfältigen Gelegenheitsstrukturen wahr, die den Rahmen für Innovationsnetzwerke und kreative Milieus der Wissensökonomie bilden.

In beiden Fällen werden Metropolregionen als Herausforderung für die politische Steuerung betrachtet, da die politisch-administrativen Steuerungsstrukturen oft nicht mehr den Erfordernissen entsprechen. Es ist von einem institutional misfit die Rede, der zu einer Fragmentierung von Zuständigkeiten führt. Hier beginnt die Diskussion über Metropolitan Governance.

Metropolitan Governance – Regieren und Koordinieren in Metropolregionen

Metropolitan Governance bezieht sich auf die Steuerung polyzentrischer Stadtregionen und zielt im Kern auf die organisatorischen Strukturen der Raumentwicklung in Metropolregionen. Im Folgenden soll dann von Metropolitan Governance gesprochen werden, wenn Kommunen, aber auch gesellschaftliche Akteure, ihr Handeln verbindlich auf regionaler Ebene abstimmen. Es geht dabei weniger um die etablierten funktionalen Kooperationen, wie sie Zweckverbände im Bereich der Abfallwirtschaft oder des öffentlichen Personennahverkehrs leisten. Vielmehr ist das Ziel, für die vielfältigen Formen der sozialen und ökonomischen



Regionalisierung eine politische Antwort zu finden, die auch die Potentiale und Ressourcen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft berücksichtigt. Die Motivationen für übergreifende Zusammenschlüsse sind vielfältig. So ist es das Ziel von Stuttgart und Rhein-Neckar, zwei von elf mit dem raumordnerischen Prädikat „Europäische Metropolregion“ versehenen Stadtregionen, ihre Sichtbarkeit im europäischen Standortwettbewerb zu erhöhen. Offenbar können einzelne Kernstädte nur noch über metropolitane Zusammenschlüsse ausreichend kritische Masse mobilisieren, um mit Regionen wie Île de France oder Greater London zu konkurrieren.

Schweißtechnische
Lehr- und Versuchsanstalt
Mannheim GmbH



Achtung Förderungsmöglichkeit auch für Studenten bis ins Jahr 2010:

EU-Fördermaßnahme

Achtung!: 30% unserer Lehrgangsgebühren können für Teilnehmer aus BW durch die EU getragen werden.

*Ihre Perspektiven für die Zukunft auf dem **deutschen** und **weltweiten** Arbeitsmarkt beginnen bei uns.*

Internationale(r)
Schweißfachingenieur/-in
Tageslehrgang (Mo - Fr)
Februar bis Mai 2009
und von August bis November 2009
Wochenendlehrgang (Fr + Sa)
von Oktober 2009 bis Juni 2010

Zugangsvoraussetzung: Studium mit Diplom-, BSc- oder MSc-Abschluss an BA, FH, TH, Uni. Sonderregelungen zur Anerkennung von Teil 1



Wir informieren Sie gerne
Internet: <http://www.slv-mannheim.de>

E-Mail: info@slv-mannheim.de

Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt Mannheim GmbH

Käthe-Kollwitz-Straße 19 • 68169 Mannheim • Telefax (0621) 3004-292 • Telefon (0621) 3004-123
Staatlich anerkannt und akkreditiert als Ausbildungs- und Prüfstelle für Schweißtechnik



Theoretische Perspektiven

Theoretisch lassen sich seit den 1950er Jahren drei Antworten auf die Frage nach den „richtigen“ Organisationsstrukturen stadt-regionaler Problembearbeitung unterscheiden. Die Public Choice-Perspektive setzt auf den Wettbewerb der Kommunen und lehnt kommunale Zusammenschlüsse ab. Die Metropolitan Reform-Position begreift die politisch-administrative Fragmentierung einer Region als dysfunktional und sieht die Lösung in der Bildung von regionalen Körperschaften bis hin zur Eingemeindung. Beide Positionen konnten in der Praxis nirgendwo vollständig durchgesetzt werden. Seit den 90er Jahren wird die Frage nach Leistungsfähigkeit und Legitimation regionaler Steuerungsstrukturen in Europa und den USA unter dem Label New Regionalism neu diskutiert. Freiwillige Kooperationen und die Bildung funktionaler Verbundstrukturen etwa zu Raumentwicklung, Tourismus, Kultur oder Regionalmarketing bestimmen das Bild. In der Governance-Theorie wird dieses Muster bezeichnet als horizontale Selbstkoordination, bei der die beteiligten Akteure ihre Autonomie wahren, aber ein Interesse an gemeinsamen Ergebnissen entwickeln. Dies schließt die Bildung regionaler Organisationsformen (Hierarchien) nicht aus, verleiht ihnen aber weniger Gewicht. Diese flexible Form der Metropolitan Governance bestimmt derzeit die Diskussion in Deutschland und weitgehend auch in Europa.

Die Situation in Deutschland

Die Realität von Metropolitan Governance in Deutschland lässt sich derzeit am besten als Metropolitan Governance ohne Metropolitan Government beschreiben. Mit Ausnahme der Region Hannover, wo sich Kernstadt und Landkreis im Jahr 2001 zu einer neuartigen Gebietskörperschaft mit direkt gewähltem Regionalparlament und starker Funktionsbündelung

zusammenschlossen, haben die meisten Regionen flexible Räume und Formen der Kooperation entwickelt, die sich weniger am Modell des Regionalkreises orientieren. Die Kombination von Selbststeuerung regionaler Akteure in themen- oder projektbezogenen Netzwerken einerseits und kommunaler Selbstverwaltung andererseits ist damit das vorherrschende Modell in Deutschland. Dabei unterscheiden sich die stadtre-gionalen Kooperationsformen erheblich im Grad der kollektiven Handlungsfähigkeit sowie in inhaltlichen Schwerpunkten und Organisationsformen. Anders als der Regionalkreis Hannover bieten zweckorientierte Netzwerke und andere Formen der freiwilligen Kooperation die Möglichkeit, neben den Kommunen auch Unternehmen und gesellschaftliche Akteure direkt einzubinden. Dies ist der Fall in der Region Stuttgart, die neben der Region Hannover das derzeit interessanteste Modell ist. Bemerkenswert auch die Metropolregion Rhein-Neckar, die sich über drei Bundesländer erstreckt und, begleitet von einer Entwicklungsagentur, vollwertige Planungskompetenzen besitzt. Andere Formen der Metropolitan Governance hingegen bleiben hinter dem integrativen Anspruch zurück, entweder weil sie nur selektiv Themen aufgreifen, eher bescheidene Kompetenzen gegenüber den Kommunen besitzen oder weil sie Legitimationsdefizite aufweisen. Lediglich die Regionen Hannover und Stuttgart verfügen über direkt gewählte Regionalparlamente.

DPD steht international für schnellen, effizienten Paketversand mit höchsten Qualitätsstandards und Leistungen, die perfekt auf die Kundenanforderungen zugeschnitten sind. DELICom ist die IT-Tochter von DPD und steht für kompetente und erfolgreiche Dienstleistungen in der Informationslogistik. Hier werden Software-Lösungen entwickelt und das hochleistungsfähige Datennetzwerk des DPD betreut.

Sind Sie interessiert, Ihren Blick auf das Ganze und nicht nur auf Ausschnitte zu richten? Arbeiten Sie gerne an der Schnittstelle zwischen IT und Business? Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir für die Abteilung Software Technology Center

Hochschulabsolventen (m/w) für die Software-Entwicklung

Ihre Qualifikation:

- Abgeschlossenes Studium der Informatik, Mathematik, Physik oder Elektrotechnik
- Kenntnisse in der Software-Entwicklung mit höheren Programmiersprachen
- Kenntnisse in OOA, OOD und OOP
- Kenntnisse in C++, Java, SQL und relationalen Datenbanken
- Kundenorientierung
- Gute Englischkenntnisse
- Erste Erfahrungen im Bereich Software-Entwicklung, beispielsweise durch einschlägige Praktika

Ihre Aufgaben:

- Software-Entwicklung für die operative Unterstützung des Pakettransportes in den nationalen und internationalen Niederlassungen
- Programmierung von intelligenten Lösungen auf modernen Plattformen zur effektiven Abwicklung der DPD Prozesse
- Mitarbeit in international ausgerichteten IT-Projekten



Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Gehaltswunsch, die Sie bitte an Herrn Thorsten Bäumer, DELICom DPD GmbH, Wailandtstraße 1, 63741 Aschaffenburg, senden. Telefon 06021 492-6003, jobs@delicom.de, www.dpd.com



In time with business.

Autor

Dr. Karsten Zimmermann

Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung (Arbeitsbereich Raum und Institution) und Institut für Politische Wissenschaft (Arbeitsbereich Öffentliche Verwaltung, Staatstätigkeit ((Public Policy)) und lokale Politikforschung)

Dr. Karsten Zimmermann | Telefon: 06151/16-4113
E-Mail: zimmermann@zit.tu-darmstadt.de

Literatur/Links/Quellen

Blatter, Joachim (2006): Geographic Scale and Functional Scope in Metropolitan Governance Reform: Theory and Evidence from Germany; in: Journal of Urban Affairs, Vol. 28, 121-150

Fürst, Dietrich (1990): Regionalverbände im Vergleich: Entwicklungssteuerung in Verdichtungsräumen; Baden-Baden

Hall, Peter; Pain, Kathy; (2006): The Polycentric Metropolis. Learning from Mega-City Regions in Europe; London

Heinelt, Hubert; Kübler, Daniel; (Hrsg.); (2005): Metropolitan Governance. Capacity, democracy and the dynamics of place; London

Healey, Patsy (2007): Urban Complexity and Spatial Strategies. Towards a relational Planning for our times; London